Ä1 OSZE STÄRKEN

Antragsteller*in: Viola von Cramon-Taubadel (BAG Frieden und Internationales)

Redaktionelle Änderung

"Es bleibt unser Ziel, alle Mitgliedstaaten der OSZE auf der Basis gemeinsamer Werte für eine solche Perspektive zu gewinnen, was gerade angesichts der nationalistischen und rückwärtsgewandten Politik Russlands, die Europas Sicherheit und die Selbstbestimmung der Nachbarn Russlands untergräbt, nötig ist. Es ist unser Anspruch, legitime Sorgen und Bedrohungsängste sämtlicher europäischer Staaten zu verstehen und ernst zu nehmen. Wir wollen dieses Verständnis in multilateralen Gesprächen stärken und vertrauensbildende Maßnahmen initiieren."

Begründung

Es geht um die Wiedereinfügung der alten Formulierung aus dem Ursprungstext des Wahlprogramms "die Europas Sicherheit und die Selbstbestimmung der Nachbarn Russlands untergräbt".

Ä1 Russland

Antragsteller*in: Sonja Katharina Schiffers (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu A6

Von Zeile 3 bis 7:
immer offensiver Demokratie und Stabilität in der EU und in der gemeinsamen Nachbarschaft. Wir wünschen uns ~~Es braucht~~ dennoch einen konstruktiven Klima-Dialog mit Russland, insbesondere in Zusammenarbeit mit der russischen Zivilgesellschaft, und ~~wir~~ streben an, gegenüber der russischen Regierung Überzeugungsarbeit für gemeinsame politische, wirtschaftliche und technologische Anstrengungen zur Bekämpfung der Klimakrise ~~an~~zu leisten. Der Kampf gegen die Erderhitzung als Menschheitskrise ist essentiell zur Verwirklichung der Menschenrechte. Auch

Begründung

Ursulas Version vermeidet den Blick auf die aktuellen politischen Realitäten in Russland. Die russische Regierung setzt weiterhin primär auf den Export fossiler Brennstoffe und hat bislang kein großes Engagement gegen die Klimakrise gezeigt, geschweige denn ein Interesse an ernsthafter Kooperation. Daher ist es sinnvoll, den Antrag sprachlich etwas abzumildern und die Erwartungen zu dämpfen.

Solidarität und Zusammenarbeit mit der von harschen Repressionen gegängelten umwelt- und klimapolitischen Zivilgesellschaft sollten darüber hinaus im besonderen Fokus einer Kooperation stehen.

Ä2 Russland

Antragsteller*in: Sonja Katharina Schiffers (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu A6

Von Zeile 14 bis 21:
militärischen Vorgehens gegen die Ukraine gegen Russland verhängt wurden, hat die EU klare Bedingungen formuliert. ~~An diesen werden wir festhalten [...]. Wir verlangen, dass die russische Regierung und die anderen am Konflikt Beteiligtendas [...] Minsker Abkommen umsetzen. [...] Eine Lösung des Russland-Ukraine Konflikts kann nur eine politische und diplomatische sein. Trotz aller Differenzen ist auch eine Wiederaufnahme des Dialogs mit der russischen Regierung im NATO-Russland-Rat notwendig. Sicherheit in Europa ist nicht gegen, sondern nur gemeinsam mit Russland realisierbar.~~An diesen werden wir festhalten und die Sanktionen bei Bedarf verschärfen. Wir verlangen, dass die russische Regierung ihre Zusagen
aus dem Minsker Abkommen umsetzt. Eine Lösung des Russland-Ukraine Konflikts kann nur eine politische und diplomatische sein. Das Pipeline-Projekt Nord Stream 2 ist nicht nur klima-und energiepolitisch, sondern auch geostrategisch schädlich – insbesondere für die Situation der Ukraine – und muss daher gestoppt werden.

Begründung

1. Zur Wiedereinfügung des ursprünglichen Texts des Antragsentwurfs:

- Die Möglichkeit der Verschärfung der Sanktion muss weiter bestehen bleiben, da nicht ausgeschlossen werden kann, dass die russische Regierung den Konflikt weiter eskaliert. Die letzten Wochen haben das deutlich gezeigt. Eine Verschärfung von vorneherein auszuschließen lädt quasi zur weiteren Eskalation ein.
- Das Programm sollte deutlich benennen, dass wir zuvorderst von der russischen Regierung eine Implementierung des Minsker Abkommens erwarten. Eine Äquidistanz zu Kiew und Moskau ist hier nicht sinnvoll, denn ohne die völkerrechtswidrige Annexion der Krim und militärische Intervention der russischen Regierung in der Ostukraine würde dieser Konflikt so nicht bestehen.
- Der Stopp von Nord Stream 2 sollte auch hier erwähnt werden, da es sich eben nicht nur um ein energiepolitisches, sondern auch um ein geopolitisches Projekt zum Nachteil der Ukraine handelt, das im Kontext des Russland-Ukraine-Konflikts betrachtet werden muss.

2. Übernahme von Ursulas Satz zur politischen und diplomatischen Konfliktlösung, da ich ihn unstrittig finde (wenn er auch keinen Unterschied zur aktuellen Praxis der Bundesregierung und Europäischen Union darstellt).

3. Streichung des Satzes zum NATO-Russland-Rat: Der Rat pausiert seit Sommer 2019, da der Kreml es ablehnt, dort den Russland-Ukraine-Konflikt zu thematisieren (https://www.sueddeutsche.de/politik/nato-nato-sucht-richtigen-kurs-im-umgang-mit-russland-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-210324-99-953681). Aus grüner Perspektive ist es m.E.n. nicht sinnvoll, Russland hier entgegenzukommen, auch wenn es grundsätzlich wünschenswert wäre, dass der Rat wieder tagt. Wenn der Rat sich aufgrund der russischen Blockade mit dem zentralen Konflikt in der EU-Nachbarschaft nicht befassen kann, wie wertvoll ist er dann als Gremium insgesamt noch?

4. Streichung der Sicherheit in Europa gemeinsam mit Russland: In einer Situation, in der der Kreml völkerrechtswidrige Interventionen in der EU-Nachbarschaft betreibt und seine Handlanger

Desinformationskampagnen und Auftragsmorde sogar innerhalb der EU durchführen, führt dieser Satz uns nicht weiter. Der komplexen Realität wird die zunächst möglicherweise unterstützenswert klingende Formulierung nicht gerecht. Unter anderem ist Sicherheit in Europa ist nicht nur gegen Russland nicht realisierbar, sondern auch nicht mit einem Kreml, der die Leitprinzipien der Schlussakte von Helsinki missachtet; und auch nicht gegen die Interessen von Staaten wie der Ukraine oder Georgien. Aufgrund der notwendigen Längenbegrenzung des Wahlprogramms ist vorzuziehen, diesen Satz zu streichen, anstatt ihn noch mehrfach zu präzisieren.

Ä3 Russland

Antragsteller*in: Ursula Hertel-Lenz

Änderungsantrag zu A6

Von Zeile 3 bis 6 einfügen:
immer offensiver Demokratie und Stabilität in der EU und in der gemeinsamen Nachbarschaft. Es braucht dennoch einen konstruktiven Klima-Dialog mit Russland und seiner Zivilgesellschaft und wir streben gemeinsame politische, wirtschaftliche und technologische Anstrengungen zur Bekämpfung der Klimakrise an. Der Kampf gegen die Erderhitzung

Ä1 Rekrutierungsalter Bundeswehr

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (BAG Frieden, Del. RLP)

Änderungsantrag zu A8

Von Zeile 6 bis 7 einfügen:
Bundeswehr auf 18 Jahre und ein Verbot von Bundeswehrwerbung bei Minderjährigen ein. Informationsveranstaltungen in Schulen werden künftig nur zugelassen, wenn gleichzeitig auch über zvile Alternativen informiert wird. Den bewaffneten Einsatz der Bundeswehr im Inneren lehnen wir ab.

Begründung

Die Vorrangsstellung der Bundeswehr-Werbung in Schulen ist aus verschiedenen Gründen nicht mehr zeitgemäß. Zivile Einrichtungen haben dagegn wesentlich weniger Möglichkeiten, für ihre Angebote zu werden. Dadurch sind die Gleichgewichte in diesem Bereich empfindlich verschoben.

Ä1 Indo-Pazifik und Indien

Antragsteller*in: Sebastian Stölting (KV Gütersloh)

Änderungsantrag zu A14NEU

Von Zeile 4 bis 6 einfügen:
Wir setzen uns ein für eine freie und offene indopazifische Region auf der Grundlage globaler Normen. Der Indo-Pazifik stellt einen dynamischen politischen und wirtschaftlichen Raum dar, dessen Stabilität von großer Bedeutung für Europa ist. Wir stehen zu den in der UN-Charta festgelegten Mitteln zu friedlichen Streitbeilegung aller Vertragsstaaten. Dies betrifft sowohl die friedliche Bearbeitung zwischenstaatlicher Konflikte als auch den Respekt für Rechtsstaatlichkeit,

Ä1 Nachbarschaft und Partnerschaft mit den Staaten Afrikas

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (BAG Frieden, Del. RLP)

Redaktionelle Änderung

... und die Staaten Europas => sprachlich falsch
... EU-europäische Afrikapolitik => wir können wohl kaum z.B. für Russland stimmen oder entscheiden
...
... zwischen der EUEuropa und Afrika => s.o.

Änderungsantrag zu A16

Von Zeile 6 bis 8:
Die afrikanischen Staaten und ~~Europa~~die Staaten Europas sind regional wie historisch eng verbunden. Deutsche und EU-europäische Afrikapolitik muss sich von kolonialen und patriarchalen Denkmustern freimachen und gleichzeitig die europäische

Von Zeile 12 bis 14:
afrikanischen Regionen ebenso wie die Besonderheiten innerhalb der jeweiligen Regionen. Die kontinentale Zusammenarbeit zwischen ~~Europa~~der EU und Afrika sollte sich auf konsequenten Klimaschutz, Digitalisierung, Technologietransfer und zivile

Begründung

Ä2 Nachbarschaft und Partnerschaft mit den Staaten Afrikas

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (BAG Frieden, Del. RLP)

Änderungsantrag zu A16

Von Zeile 16 bis 18 löschen:
ausreichenden finanziellen Mitteln unterfüttert werden. Deutschland sollte im Rahmen der EU eine außen-, entwicklungs-~~, sicherheits-~~ und wirtschaftspolitisch aktivere Rolle in Afrika spielen. Wir wollen gezielt Investitionen fördern, die

Von Zeile 27 bis 29:
Teilen auf die Abwehr von Geflüchteten, unfairen Handelsbeziehungen und der Ausbeutung von Rohstoffen fußt, ~~lehnen wir~~wird es mit uns nicht gebenwir ab. Der Afrikanischen Union sowie den Regionalorganisationen stehen wir bei der Umsetzung ihrer Agenda 2063, der

Begründung

Zur Streichung "sicherheits- ..." Das bedeutet im Endeffekt die Zusage militärischer Unterstützung, hier ohne jegliche Differenzierung oder Klarstellung der Voraussetzungen.

Zum Ersatz "wird es mit uns nicht geben" statt "lehnen wir ab". Mit Ablehnen ist es nicht getan, wie wir alle hinlänglich genug wissen, wir müssen aktiv dagegen handeln.

Ä1 Israel und Palästina

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (BAG Frieden, Del. RLP)

Änderungsantrag zu A17

Von Zeile 11 bis 18:
Palästinenser*innen ermöglicht, in nationaler Selbstbestimmung, Freiheit, Sicherheit und Demokratie in ihrer Heimat zu leben ~~– sei es~~ in einer Zwei-Staaten-Regelung auf der Grundlage der Grenzen von 1967 ~~oder einer anderen einvernehmlich erzielten Übereinkunft~~. Die völkerrechtswidrige Besatzung, die fortschreitende de facto Annexion – unter anderem der illegale Siedlungsbau - und die damit einhergehende Verweigerung grundlegender Menschenrechte der Palästinenser*innen müssen beendet und rückgängig gemacht werden. Einseitige Maßnahmen wie eine Annexion von besetzten Gebieten, politisch
motivierte Morde oder der fortschreitende völkerrechtswidrige Siedlungsbau
laufen dem Ziel einer friedlichen und politischen Lösung des Konflikts entgegen. Wir werden uns für einen Demokratisierungsprozess sowie den Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen in den

Begründung

1. Streichung "oder andere Übereinkunft": m.W. ist die Unterstützung der Zwei-Staaten-Regelung grüne Beschluss-Lage (nach langen Diskussionen). Diese kann nicht per Federstrich in einem Wahlprogramm geändert werden.

2. der Rest ist selbsterklärend, die Kritik aus der Ursprungsformulierung ist wesentlich und sollte erhalten bleiben, die Ergänzung "politisch motivierte Morde" wurde bereits auf den Ursprungstext gestellt und gilt auch hier.

Ä1 Bewaffnung von Drohnen

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (BAG Frieden, Del. RLP)

Änderungsantrag zu A23

Von Zeile 3 bis 7:
Bewaffnete Drohnen werden überwiegend völkerrechtswidrig eingesetzt und ~~können~~senken die Hemmschwelle zum Einsatz militärischer Gewalt ~~senken~~. Es gibt keinen adäquaten Rechtsschutz für mögliche Opfer dieser Gewalt. Die Schwelle der Gewaltanwendung wird durch den "Computerspiel-Charakter" der Handelnden extrem gesenkt. Eine genaue Analyse und somit der Ausschluss von Kollateralopfern ist faktisch oft ausgeschlossen. Durch den vermehrten Einsatz von bewaffneten Drohnen wird zudem der Übergang zu mehr Autonomie in Waffensystemen begünstigt. Aus diesen Gründen lehnen wir die Bewaffnung von

Begründung

folgt

Ä1 EU-Sicherheits-und Verteidigungsunion PB.I-01-696

Antragsteller*in: david baltzer (Ersatzdeligierter BAG Frieden aus Berlin)

Änderungsantrag zu A31

die Änderungen im Abschnitt sind unterstrichen:

Die EU-Sicherheits- und Verteidigungsunion friedenspolitisch ausrichten

Gemeinsam mit den internationalen Partnern muss die Europäische Union ihrer Verantwortung für die eigene Sicherheit und Verteidigung gerecht werden. Die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) setzt eine gemeinsame EU-Außenpolitik voraus. Wir wollen eine EU-Sicherheits- und Verteidigungsunionfriedenspolitisch ausrichten mit einer starken parlamentarischen Kontrolle und einer gemeinsamen restriktiven Rüstungsexportpolitik.

Wir wollen dass eine Bündelung der militärischen Fähigkeiten der EU Staaten die nationalen Armeen verkleinert und Rüstungsbudgets verringert. Dies sowie Gespräche mit Russland sollen eine konventionelle Abrüstungsdynamik in Europa in Gang setzen. Das rechtliche nicht verbindliche 2%-Prozent-Ziel der NATO lehnen wir ab. Eine Europäische Armee soll langfristig die nationalen Armeen ersetzen, die UN Blauhelme stärken sowie die europäische Landesverteidigung gewährleisten. Sie muss einer strengen demokratischen Kontrolle durch das Europäische Parlament unterliegen. Die Umwidmung ziviler Gelder aus dem EU-Haushalt für militärische Zwecke lehnen wir ab.

Begründung

Die Zusammenarbeit in der EU sollte nicht nur zum Aufbau militärischer Fähigkeiten genutzt werden, sondern Doppelstrukturen abbauen, nationale militärische Fähigkeiten zurückbilden und das ganze als Junktim koppeln mit einer europäischen konventionellen (zu Atomwaffen gibt es einen eigenen Absatz, der berrührt dann auch die Natoanteile) Abrüstungsdynamik unter Einbeziehung Russlands. Sowie einer Stärkung der UN.

Ä1 Moderne Bundeswehr (Zusammenführung A8, A37 und A37 Ä1)

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (BAG Frieden, Del. RLP)

Änderungsantrag zu A37NEU2

Von Zeile 28 bis 29 einfügen:
Minderjähriger sowie den bewaffneten Einsatz der Bundeswehr im Inneren lehnen wir ab.
Informationsveranstaltungen in Schulen werden künftig nur zugelassen, wenn gleichzeitig auch über zvile Alternativen informiert wird.

Begründung

Selbsterklärend

Ä1 Zivilgesellschaftliche Arbeit zur Verfolgung von Kriegsverbrechen unterstützen

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (BAG Frieden, Del. RLP)

Änderungsantrag zu A41

Von Zeile 16 bis 17 einfügen:
wieden Mechanismus der Vereinten Nationen für die Untersuchung und Verfolgung von schwersten Kriegsverbrechen in Syrien (IIIM). Wir treten dafür ein, dass sich alle Staaten, namentlich auch die USA, dem Rechtssystem des Internationalen Strafgerichtshofen unterordnen [...]

Begründung

Der vermutlich größte aktuelle Mangel - die Nicht-Anerkennung durch die USA und damit die fehlende Möglichkeit, auch deren Fehlverhalten aufzuklären und zu verfolgen - des Systems IStGH sollten ausdrücklich erwähnt werden.

Ä1 Türkei-Passage differenzierter und konkreter machen

Antragsteller*in: Dominik R. (BAG (Delegierter Berlin))

Änderungsantrag zu A46

Von Zeile 19 bis 23:
Rechtsstaatlichkeit und Demokratie geben. Positive Signale müssen mehr sein als zahnlose Reformpläne. Wir erkennen die enormen Leistungen der Türkei ~~als das Land an, welches aktuell weltweit die meisten Geflüchteten aufgenommen hat – derzeit ca. 4 Millionen Menschen.~~bei der Aufnahme von ca. 4 Millionen vor allem syrischen Geflüchteten an. Die bestehende Migrationsregelung mit der EU muss endlich durch eine menschenrechts-, völkerrechts- und rechtsstaatskonforme,

Begründung

Es mag zwar sein, dass die Türkei in absoluten Zahlen die meisten Geflüchteten weltweit aufgenommen hat, aber es handelt sich hierbei um 4 Mio. bei einer Bevölkerungszahl von 82 Mio, also ca. 5%. Der Libanon im Vergleich dazu hat allein 1.5. Mio Syrier*innen und auch noch die Palästinenser*innen bei einer Bevölkerung von irgendwo rund um die 7. Mio Einwohner*innen. Nur um das etwas ins Verhältnis zu setzen.

Ä2 Türkei-Passage differenzierter und konkreter machen

Antragsteller*in: Dominik R. (BAG (Delegierter Berlin))

Änderungsantrag zu A46

Von Zeile 21 bis 25:
Land an, welches aktuell weltweit die meisten Geflüchteten aufgenommen hat – derzeit ca. 4 Millionen Menschen. ~~Die~~ Der bestehende ~~Migrationsregelung mit der EU~~EU-Türkei-Deal untergräbt das internationale Asylrecht, ist gescheitert und muss daher beendet werden. Wir wollen den Deal ~~endlich~~ durch eine menschenrechts-, völkerrechts- und rechtsstaatskonforme, sowie solidarische Vereinbarung ~~ersetzt werden~~ersetzen. Es braucht dafür auch finanzielle und logistische Unterstützung vor Ort und eine verbindliche

Begründung

Votum zum Ursprungstext des Entwurfs des Buvos zurückzukehren. Unsere Haltung zum EU-Turkei-Deal sollte schon klar ersichtlich sein - ist auch in etwa das Wording aus dem Europawahlprogramm.

Ä3 Türkei-Passage differenzierter und konkreter machen

Antragsteller*in: Dominik R. (BAG (Delegierter Berlin))

Änderungsantrag zu A46

Von Zeile 28 bis 36:
türkischen Regierung und ihren Unterstützer*innen instrumentalisiert oder gar überwacht und bedroht werden. ~~Es ist zudem auch unser aller Aufgabe, hierfür durch ein besseres Miteinander weniger anfällig zu sein. Die aktuell schwierigen Bedingungen werden uns nicht davon abhalten, persönliche, lokale und zivilgesellschaftliche Brücken zwischen unseren Ländern auszubauen bzw. neue zu errichten. Gerade der deutsch-türkische Jugendaustausch und die Zusammenarbeit zwischen Städten und Kommunen liegt uns am Herzen. Auch hierfür sind wir überzeugt, dass es endlich Reisefreiheit für türkische Staatsbürger*innen nach Deutschland braucht.~~ Eben weil Erdogan nicht die Türkei ist, wollen wir die vielfältigen lokalen und zivilgesellschaftlichen Brücken zwischen unseren Ländern wie den deutsch-türkischen Jugendaustausch und die Zusammenarbeit zwischen Städten und Kommunen ausbauen. Auch dafür wollen wir eine Visaliberalisierung für türksiche Staatsbürger*innen nach Deutschland.

Begründung

Insgesamt Straffung und Präsezierung.

Ä3 Chinapolitik menschenrechtsorientiert gestalten

Antragsteller*in: Christian Jacobs (KV Berlin-Kreisfrei)

Änderungsantrag zu A50NEU

Von Zeile 6 bis 8 einfügen:
sollte sich daher für eine Fact-Finding-Mission zu Xinjiang im Rahmen des VN-Menschenrechtsrats einsetzen und die Unterdrückung der Uighur*innen als Völkerrechtsverbrechen bezeichnen. Das sogenannte Sicherheitsgesetz für Hongkong und die Änderung des Wahlrechts sind ein Angriff auf die Autonomie der

Begründung

Deutschland sollte deutliche Worte für die Verbrechen der chinesischen Regierung gegenüber den Uighur*innen finden. Die Lager in denen Uighur*innen gefangen gehalten werden, stellen die größte Masseneinkerkerung von ethnischen Minderheiten seit dem Zweiten Weltkrieg dar. Dabei kommt es zu Folter und Mord, sowie Zwangssterilisierungen und der brutalen Unterdrückung der uigurischen Kultur. Bereits das Parlament der Niederlande, sowie das Parlament Kanadas haben einen Beschluss gefasst, das Vorgehen der chinesischen Regierung als Genozid zu bezeichnen. Und auch der amerikanische Außenminister Antony Blinken spricht von einem Völkermord. Wir als GRÜNE sollten uns dafür einsetzen, dass auch Deutschland die Handlungen gegenüber den Uighur*innen als Völkerrechtsverbrechen einstuft.

Ä4 Chinapolitik menschenrechtsorientiert gestalten

Antragsteller*in: Christian Jacobs (KV Berlin-Kreisfrei)

Änderungsantrag zu A50NEU

Von Zeile 17 bis 19 einfügen:
Vereinigung mit Taiwan nicht gegen den Willen der Bevölkerung Taiwans erzwungen werden darf. Gleichzeitig wollen wir den politischen Austausch mit Taiwan ausbauen. Unsere Handelsbeziehungen mit China wollen wir nutzen, um fairen Marktzugang für ausländische Investitionen, Rechtssicherheit und gleiche

Begründung

In den letzten Jahren tritt die chinesische Regierung immer aggressiver gegenüber Taiwan auf. Immer wieder orchestriert die chinesische Regierung fake-news Kampagnen in Taiwan, grenzt Taiwan in multinationalen Organisation aus oder schickt chinesische Militärflugzeuge in den taiwanesischen Luftraum. Gleichzeitig hat sich Taiwan in den letzten drei Jahrzehnten zu einer lebendigen Demokratie mit einer aktiven Zivilgesellschaft entwickelt, die viele Werte mit uns Grünen teilt. Taiwan ist deshalb ein wichtiger Partner in der Region. Ohne von der Ein-China Politik abzurücken, sollten wir den deutschen und europäischen Dialog mit Taiwan auf staatlicher und nicht-staatlicher Ebene deshalb weiter ausbauen.

Ä5 Chinapolitik menschenrechtsorientiert gestalten

Antragsteller*in: Ralph Urban (BAG / Gast)

Änderungsantrag zu A50NEU

Von Zeile 10 bis 15:
Systeme". Wir unterstützen die Demokratiebewegung in Hongkong und wollen auf zivilgesellschaftlicher Ebene den Austausch mit China intensivieren. ~~Es braucht~~ Wir brauchen dennoch einen konstruktiven Klima-Dialog mit China und ~~wir~~ streben gemeinsame politische, wirtschaftliche und technologische Anstrengungen zur Bekämpfung der Klimakrise an. Der Kampf gegen die Erderhitzung ist notwendig für Leben, Gesundheit und die Verwirklichung von Menschenrechten. Die Kooperation mit China darf nicht zu Lasten von Drittstaaten oder von Menschen- und Bürger*innenrechten gehen. Wir halten uns an dieEuropas

Begründung

Angesichts der Größe und Einwohnerzahl von China ist sein Beitrag zum Klimaschutz von globaler Bedeutung. Durch die Umformulierung wird verdeutlicht, dass der Mensch beim Klimaschutz immer im Mittelpumkt steht. Nicht das Klima (Es), sondern wir, die Menschen brauchen den Klima-Dialog mit China. Klimaschutz umfasst insofern auch den Schutz von Menschenrechten. Das schließt ein, dass verschiedene Rechte konkurrieren können und dann einer Abwägung bedürfen.

Ä6 Chinapolitik menschenrechtsorientiert gestalten

Antragsteller*in: HILMAR HEIER (LAG_FREI HE)

Änderungsantrag zu A50NEU

Anpassung des Projekts „China“ (Z. 218-234)

(fett: Ergänzungen; unterstrichen und kursiv: Streichungen aus dem Originaltext)

China ist Europas Wettbewerber, Partner, systemischer Rivale. Wir verlangen von China ein EndeAufklärung über seine angeblich seiner eklatanten Menschenrechtsverletzungen etwa in Xinjiang und Tibet durch einen freien, ungehinderten Zugang für die Hochkommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte. Es braucht dennoch einenWir wollen den konstruktiven Klima-Dialog mit China und wir streben gemeinsame politische, wirtschaftliche und technologische Anstrengungen zur Bekämpfung der Klimakrise an. Die Kooperation mit China darf nicht zu Lasten von Drittstaaten oder von Menschen- und Bürger*innenrechten gehen. Wir halten uns an dieEuropas „Ein-China-Politik“ und betonen, dass Chinas Vereinigung nicht gegen den Willen der Bevölkerung Taiwans erzwungen werden darf. Unsere Handelsbeziehungen mit China wollen wir nutzen, um fairen Marktzugang für ausländische Investitionen, Rechtssicherheit und gleiche Wettbewerbsbedingungen einzufordern. Wir erwarten, dass China die entscheidenden Kernnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO ratifiziert . Wir werden an einer engen europäischen und transatlantischen Koordinierung gegenüber China arbeiten, besonders auch in den Bereichen 5G-Ausbau und Schutz kritischer Infrastruktur.

Begründung

Sollten wir bei der kommenden BTW in die Regierung einziehen, dann werden Bündnis 90/DIE GRÜNEN eventuell den/die AußenministerIn oder den/die KanzlerIn stellen. Damit übernehmen wir direkt die Verantwortung für diese Funktionen. Diplomatie hat aber tatsächlich etwas mit Verhandeln und nicht mit Bestrafen zu tun. Diplomatie ist immer auf der Suche nach Lösungen. Es wird nach gemeinsamen Ansätzen gesucht, anstatt sich in gegenseitigen Meinungen festzufahren. Dazu gehört auch, den anderen nicht mit Argumenten und Forderungen zu überfahren.

Der vorgelegte Programmteil zu China stellt aber Vorwürfe als Fakten dar, die in dieser Form juristisch bis heute nicht bewiesen wurden, und auf dem diplomatischen Parkett unnötig Blockaden erzeugen können.

Deutschland und die Welt haben einen berechtigten Anspruch über die anhaltenden, angeblich eklatanten Menschenrechtsverletzungen informiert zu werden. Solange aber den deutschen Behörden keine eigenen, stichhaltigen Beweise hierzu vorliegen (Drucksache 19/18890 aus 2020: „Die Bundesregierung bemüht sich zudem intensiv darum, dass sich auch Vertreterinnen und Vertreter der Bundesregierung und Mitglieder des deutschen Bundestages ein eigenes Bild zu den aus ihrer Sicht ungeklärten Fragen zu der Lage in Xinjiang machen können“), wäre es diplomatisch ungeschickt, sich heute schon festzulegen. Außenpolitik kann nur bedeuten, Kriege zu verhindern, weltweite Herausforderungen gemeinsam zu lösen, sich gegenseitig zu respektieren und dafür zu sorgen, dass in Deutschland alle möglichst gesund und nach den Regeln des Grundgesetzes leben können.

Mit der erweiterten Forderung der Hochkommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte einen freien, ungehinderten Zugang nach Xinjiang zu ermöglichen werden zwischenstaatliche Verwerfungen, aufgrund einzelner Schuldzuweisungen

vermieden, aber das Aufklärungsbedürfnis von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und unabhängigen Menschenrechtsorganisationen trotzdem verfolgt.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN stehen für Klimaschutz und den Schutz der Menschenrechte. Um diese beiden Themen nachhaltig verfolgen zu können, wäre es kontraproduktiv den Einstieg in die nächste Bundesregierung mit einer außenpolitisch scharfen Verurteilung Chinas, basierend auf Medienberichten, zu beginnen. Dies könnte, sowohl für die von uns als gefährdet eingestuften Gruppen in China, als auch für die in China aktive deutsche Wirtschaft (ca. 8000 deutsche Unternehmen sind in China tätig) insgesamt, langfristig negative Auswirkungen haben.

Die Passage zum Lieferkettengesetz ist nicht China spezifisch und daher hier nicht extra zu erwähnen.

Das Lieferkettengesetz wird zurecht in einem eigenen Kapitel „Lieferkettengesetz europäisch umsetzen“ im Detail behandelt und trifft auf die gesamte Welt zu.

Ä8 Chinapolitik menschenrechtsorientiert gestalten

Antragsteller*in: David Missal (KV Berlin-Pankow)

Änderungsantrag zu A50NEU

Von Zeile 10 bis 12 einfügen:
Systeme". Wir unterstützen die Demokratiebewegung in Hongkong und wollen auf zivilgesellschaftlicher Ebene den Austausch mit China intensivieren. Europa muss auf die massiven Menschenrechtsverbrechen in China eine klarere Antwort finden, dazu gehören auch wesentlich weitreichendere personenbezogene Sanktionen als bisher – insbesondere gegen die Führungsriege der Kommunistischen Partei Chinas. Es braucht dennoch einen konstruktiven Klima-Dialog mit China und wir streben gemeinsame

Begründung

Im März verhängte die Europäische Union zum ersten Mal nach mehr als 30 Jahren wieder Sanktionen gegen China: Gegen eine Polizeibehörde und vier Beamte mittleren Ranges. Diese Sanktionen dürfen nur ein erster Schritt sein. Wir sollten uns klar positionieren, dass die bisher verhängten Sanktionen nicht ausreichen. Mit den bisherigen Sanktionen werden nur die Menschenrechtsverbrechen in Xinjiang bestraft. Die Situation in Tibet, Hongkong und im Rest Chinas bleibt außen vor. Auch hier braucht es dringend Sanktionen.

Eine echte Politikänderung seitens der chinesischen Regierung wird sich nur erreichen lassen, wenn die gesamte Führungsriege der Kommunistischen Partei in wesentlich größerem Ausmaße als bisher mit Sanktionen belegt wird. Denkbar wäre daher, sämtliche Mitglieder des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei zu sanktionieren. Dieser Personenkreis trifft die wesentlichen Entscheidungen in China und profitiert von der Unterdrückung der eigenen Bevölkerung. Dieser Personenkreis muss daher die Folgen der eigenen Politik zu spüren bekommen, wenn er dann etwa nicht mehr auf seine Finanzreserven in der EU zugreifen kann.

Ä1 WHO-Beobachterstatus für Taiwan

Antragsteller*in: Peter Rodenkirchen (KV Halle)

Änderungsantrag zu A52

Von Zeile 3 bis 4:
soll sich Deutschland für die Einbindung und einen Beobachterstatus Taiwans in der WHO ~~einsetzen.~~einsetzen, auch mit Hilfe gleichgesinnter Staaten

Begründung

Die Landesfachgruppe "Frieden und Internationales" LSA ist der Überzeugung, dass sich Deutschland für die Umsetzung dieses Antrages gleichgesinnte Unterstützer suchen sollte und aktiv für Unterstützung in der internationalen Gemeinschaft werben sollte.